

# Das Ohrid-Abkommen: Eine Einladung zum Raubzug

**Die Albaner in Mazedonien stehen dem Staatsgedanken fern und sehen nun die Beteiligung am Staatsdienst eher als Möglichkeit zur Bereicherung, sagt der Südosteuropa-Historiker Karl Kaser von der Universität Graz vorwärts. Mit Kaser sprach STANDARD-Korrespondent Norbert Mappes-Niediek.**

**STANDARD:** Für die Mazedonier sind die Albaner eine geschlossene Gesellschaft. Sind sie das wirklich?

**Kaser:** Viele Studien gibt es nicht, aber nach allem, was man über die albanische Gesellschaft in Westmazedonien weiß, ist sie durchaus segmentiert. Von einer geschlossenen albanischen Gesellschaft kann man schon deshalb nicht reden, weil ein wesentlicher Teil in Skopje lebt. Man verfolgt keine gemeinsamen großen Ziele. Die Schulfrage, der Zugang zum Staatsdienst und die Universitätsausbildung

sind nicht wirklich die drei großen Fragen, die eine Mehrheit der Albaner bewegen würden. Schaut man in den Mikrokosmos hinein, findet man ganz divergierende Ziele.

**STANDARD:** Diese drei Themen sind aber die des Friedensabkommens – also die Themen der Politiker.

**Kaser:** Genau.

**STANDARD:** Was bedeutet das für die Erfolgsaussichten des Abkommens?

**Kaser:** Man hat in dem Abkommen versucht, andere als

die wirklich relevanten Themen zu regeln. Die Auseinandersetzung der letzten Monate hat den Blick verstellt auf die gespannte soziale Lage insgesamt. Es leidet ja nicht nur die albanische Minderheit unter den Verhältnissen. Die mazedonische Mehrheit hat auch ihre eigene Leidensgeschichte. Der albanische Bevölkerungsteil weiß mit den karg werdenden Ressourcen besser umzugehen als der mazedonische. Die albanische Bevölkerung ist zum Beispiel viel stärker in Netzwerke der Arbeitsmigration eingebunden.

**STANDARD:** Ist dieser Widerspruch zwischen Albanern und Mazedoniern lösbar?

**Kaser:** Kurzfristig natürlich nicht, wohl aber, wenn in Mazedonien so etwas wie eine Konsumgesellschaft entstehen könnte. Aber das bedeutet: Geld reinschütten. Das ist im Friedensvertrag zwar auch

vorgesehen. Aber was die vereinbarte Geberkonferenz herbeischafft, ist ungewiss.

**STANDARD:** Das Abkommen regelt vor allem die Beziehung der Albaner zum Staat. Haben es die Albaner wirklich eilig, einen Zugang zu diesem schrumpfenden und absterbenden Staatswesen zu bekommen?

**Kaser:** So uninteressant ist der Zugang zu den staatlichen Institutionen auch wieder nicht – wenn man bedenkt, wie solche Institutionen verstanden werden. Der Staatsdienst wird allgemein als Möglichkeit verstanden, sich das, was an öffentlichem Gut noch vorhanden ist, privat anzueignen, den Staat und die Institutionen auszurauben. Diese Haltung kann man in Albanien sehr deutlich beobachten, die es ganz ähnlich aber auch in Mazedonien gibt. Der Zugang dient also nicht der Stärkung

der Institutionen, sondern letztendlich ihrer Schwächung.

**STANDARD:** Man wird Polizist oder Steuerinspektor, um sich fortan munter bestechen zu lassen?

**Kaser:** Genau.

**STANDARD:** EU und Amerikaner haben Forderungen gesammelt und dann gemakelt. Hätten sie etwas anders tun können?

**Kaser:** Ich glaube nicht. Ich glaube auch nicht, dass die EU in diesem Fall wieder zu spät gekommen wäre. Das Abkommen ist im Grunde ein tragfähiger Kompromiss. Das Staatsganze wird bewahrt, und die wesentlichen Forderungen der albanischen Politiker werden aufgenommen.

**STANDARD:** Brauchen die Albaner überhaupt einen Staat?

**Kaser:** Eigentlich nicht. Sie haben Netzwerke geschaffen,



**Karl Kaser, Ordinarius für südosteuropäische Geschichte in Graz.**

*Foto: privat*

die es ihnen erlauben, ohne diesen fragilen Staat zu agieren. Geht aber jetzt alles gut und wollen die Politiker den gemeinsamen Staat behalten, kann auch die Bevölkerung den Staat wieder attraktiv finden.